

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 244

Juni 2012



Legislatur-Halbzeit: Erste Bilanz aus SP-Sicht

Inhalt

Politik für alle statt für wenige Legislatur-Halbzeit: eine Bilanz der SP-Gemeinderatsfraktion Von Balthasar Thalmann, SP-Fraktionspräsident	3-4
Fragwürdige Finanzpolitik für Privilegierte Von Balthasar Thalmann, SP-Fraktionspräsident	5
Grossprojekte beschäftigen unsere Stadt Uster Legislatur-Halbzeit: Bilanz des Stadtpräsidenten und der Stadträtinnen Von Martin Bornhauser, Esther Rickenbacher, Barbara Thalmann	6
Primar- und Sekundarstufe kommen sich langsam näher Legislatur-Halbzeit: eine Bilanz unserer SP-Schulpflegerinnen	7
Wichtiger Schritt hin zu einem attraktiveren Zentrum Am 23. September stimmen wir ab für ein fussgängerfreundliches Zentrum Von Balthasar Thalmann, SP-Fraktionspräsident	8-9
«Wir wollen Politik hautnah miterleben und mitgestalten» Interview mit Lucia Thaler und Seyhan Kähya, die Jüngsten im Gemeinderat	10-11
Walter Strucken ist neuer Gemeinderatspräsident	11
Schutz von PatientInnen und Personal ist bitter nötig Abstimmung 17. Juni: NEIN, JA und JA beim Spitalplanungs- und finanzierungsgesetz Von Erika Ziltener, SP-Kantonsrätin	12
Freie Schulwahl: Eine Mogelpackung Abstimmung 17. Juni: NEIN zur Volksinitiative «Freie Schulwahl» Von Karin Maeder, SP-Kantonsrätin	13
Keine neuen Steuergeschenke für Banken Abstimmung 17. Juni: NEIN zur Steuergesetzrevision (Unternehmenssteuer-Reform II) Von Stefan Feldmann, SP-Kantonsrat	14
Alle Abstimmungsparolen für den 17. Juni 2012	14
Agenda	15

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster
www.forumonline.ch

Herausgeberin:	Sozialdemokratische Partei
Anschrift:	FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage:	16 000 Exemplare
Abonnement:	für 1 Jahr mindestens Fr. 30.–, auf PC 880-13431-8
Redaktion:	Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredi Gut
Bilder:	Rolf Murbach
Layout:	Ewald Feldmann
Vertrieb:	Martin Zwysy
Druck:	Ropress Zürich
Erscheinungsweise:	viermal im Jahr

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Editorial



Im Herbst stimmen die Stimmberechtigten über die Umsetzungsvorlage zu einer SP-Initiative für ein fussgängerfreundliches Zentrum ab. Seit vielen Jahren setzt sich unsere Partei für ein attraktives Zentrum für alle

ein. Zurecht: Wenn man die heutige Situation betrachtet, so ist Handlungsbedarf dringend geboten! Die Menschen dieser Stadt haben einen Anspruch darauf, sich sicher im Zentrum bewegen zu können. Und das lieber heute als morgen.

Vor kurzem erhielten alle BewohnerInnen dieser Stadt einen Prospekt mit Bildern des Zentrums in einigen Jahren. Was auffällt: Dieser Prospekt zeigt nicht nur ein fussgängerfreundliches Zentrum sondern gar verschiedene Fussgängerzonen. Doch wann soll dies Realität werden? Wir wollen nicht bis zum Sankt-Nimmerleinstag warten. Wir wollen eine pragmatische, machbare Lösung, auf der Uster weiter aufbauen kann.

Im Zentrum dieser FORUM-Nummer steht aber vor allem eine erste Zwischenbilanz nach den Wahlen von 2010. Die Vorstösse unserer Gemeinderatsfraktion zeigen dabei die Bandbreite unserer politischen Arbeit, wobei wir in allen Behörden grundsätzlich und immer den Menschen in den Mittelpunkt unseres Wirkens stellen.

Betrachte ich das Tun anderer Parteien, so überkommt mich mitunter das Gefühl, dass es Weltanschauungen gibt, wonach Gott zunächst das Auto und dann den Menschen schuf. Dieser Blickwinkel ist falsch und fördert die Verschleuderung des Stadtvermögens für sinnlose Projekte, resp. Unterführungen. Und das bedingt dann auch das Zurückstellen wichtigerer und dringenderer Vorhaben. Dafür haben wir kein Gehör!

Stolz sind wir auf unsere stark verjüngte Gemeinderatsfraktion. Mit den Worten der Sportredaktion: Es gelang dem Verein, junge Nachwuchskräfte an die erste Mannschaft heranzuführen und zu integrieren. Mit diesen «unverbrauchten» Kräften schauen wir positiv in die nahe Zukunft – mit einem hoffentlich bald fussgängerfreundlichen Zentrum!

Matthias Stammbach,
Präsident SP Uster

Bilanz zur Legislatur-Halbzeit: Wo die SP Uster erfolgreich war

Politik für alle statt für wenige

Die SP Uster macht Politik für Menschen. Mit diesem Versprechen ist sie zu den Wahlen 2010 angetreten. Was dies konkret für die politische Arbeit bedeutet, zeigte die SP-Gemeinderatsfraktion in ihrem 16 Punkte umfassenden Legislaturprogramm auf. Die Halbzeit der Legislatur ist nun vorbei: Zeit also für eine Bilanz.

Von Balthasar Thalmann, SP-Fraktionspräsident

Es ist wahrscheinlich nicht verwegen zu behaupten, dass es der SP-Gemeinderatsfraktion auch in dieser Legislatur gelungen ist, wichtige Themen in die politische Diskussion einzubringen. Wenn man die Projekte anschaut, die in Uster weiterverfolgt werden, dann findet man den Ursprung nicht selten bei der SP. Darauf dürfen wir stolz sein. Aber eigentlich möchten wir Uster noch viel mehr vorwärts bringen. Vorab die bürgerlichen Parteien stehen aber auf den Bremsklötzen, weshalb die Bilanz unterschiedlich ausfällt.

Zentrum Uster – was lange währt...

Speziell freuen tut uns, was in Sachen Zentrumsentwicklung in den letzten Monaten gelaufen ist. Bereits anfangs 2008 haben wir mit einer Motion gefordert, dass mit einem städtebaulichen Konzept das Potenzial im Ustermer Zentrum aufgezeigt werde. Diese Forderung fand damals keine Mehrheit, wie auch weitere Vorstösse in dieselbe Richtung – obwohl alle Parteien ein attraktiveres Zentrum forderten. Es wurde sogar offen kommuniziert, dass unsere Ideen eigentlich schon gut wären, aber halt eben aus der falschen Ecke kämen...

Mit der erfolgten Testplanung wurde nun vom Stadtrat aufgezeigt, wie riesig das Potenzial im Zentrum ist. Und mit den Visualisierungen dieser Ergebnisse durch das Wirtschaftsforum Uster, welche in alle Haushaltungen verteilt wurden, wurde dies publikumstauglich aufbereitet. Aufhänger dieser Arbeit war die Frage, wie das Zeughausareal in Zukunft genutzt werden soll. Eine wichtige Zwischenetappe in der Zentrumsentwicklung ist nun erreicht. Jetzt gilt es die politischen Reihen zu schliessen, damit aus den Plänen und Bildern auch Realität wird. Ich bin zuversichtlich, dass dies uns noch in diesen Monaten gelingt.

Jugendförderung gesichert

Zu bedauern ist das Nein zur Volksinitiative «Keine Gebühren zu Lasten von Jugend- und Sportvereinen». Mit dieser Initiative wollten wir



SP-Fraktionspräsident Balthasar Thalmann im Zentrum Uster: «Endlich geht es dank dem Einsatz der SP bei der Zentrumsplanung vorwärts.»

die Vereine, die mit Jugendlichen arbeiten, von der Gebührenpflicht beispielsweise für die Benutzung von Hallen befreien. Trotz der gut koordinierten Kampagne zwischen der SP Uster und Pro Sport Uster und dem Einsatz einer Reihe bekannter Ustermer Persönlichkeiten aus dem Sport- und Vereinsleben für die Initiative, ist es nicht gelungen, die Stimmbevölkerung von der Notwendigkeit einer Zustimmung zur Initiative zu überzeugen. Immerhin hat die Initiative – und deshalb ist sie am Ende eben doch als Erfolg zu werden – die Gegnerschaft dazu gezwungen, sich zur bisherigen Vereinsunterstützung von jährlich CHF 250'000 zu bekennen. Und sie sind nun in der Pflicht, dass der auf drei Jahre

beschränkte Kredit auch nach seinem Auslaufen Ende 2012 langfristig gesichert werden kann. Denn genau mit dem Hinweis auf diese Unterstützung haben sie ja die Abstimmung gewonnen, eine Nicht-Verlängerung würde dem Willen der Ustermer Stimmbevölkerung widersprechen.

Grosser Handlungsbedarf bei der Integrationspolitik

Mit einer Leistungsmotion wollte die SP-Fraktion eine ganzheitliche Integrationspolitik erreichen. Im Vordergrund unserer Forderung ste-

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

hen einerseits die sprachliche Förderung im Vorschulbereich und andererseits die Schaffung einer Fachstelle Integration, die die Tätigkeiten der verschiedenen Institutionen und Behörden koordiniert und wichtige Impulse setzen soll. Anfänglich blieben wir mit dieser Forderung erfolglos; der Stadtrat und die Mehrheit des Gemeinderats verwiesen auf das auf kantonaler Ebene mittlerweile beerdigte Integrationsgesetz. Erst kürzlich hat nun aber der Stadtrat eingestanden, dass Handlungsbedarf bei der Integrationspolitik und der sprachlichen Förderung im Vorschulbereich besteht. Diese Erkenntnis ist eine Basis, auf der wir unsere weitere politische Arbeit aufbauen können.

Kulturraumpolitik – einen Schritt weiter

Eine nahtlose Anschlusslösung für die Kleinkunstbühne Qbus war uns ein grosses Anliegen. Wir sind daher froh, dass mit dem Central nun ein Kinosaal und eine Kleinkunstbühne für die lebendige Ustermer Kulturszene zur Verfügung stehen. Es ist das Verdienst unseres Stadtpräsidenten, dass er frühzeitig bei allen involvierten Stellen und Parteien um die Notwendigkeit des Baukredits für den Umbau geworben hat. Als verpasste Chance zu verbuchen ist die Tatsache, dass es dem Stadtrat nicht gelungen ist, das Kino Central zu kaufen. Es befindet sich nun im Eigentum von Immobilienentwicklern. Mit dem Entscheid des Gemeinderats, auf dem Zeughausareal das neue Kulturzentrum zu planen, wurde ein Meilenstein in der Kulturraumpolitik erreicht. Erfreulich dabei ist auch, dass man im Gemeinderat einstimmig der Meinung ist, dass der neue Kultursaal statt wie ursprünglich vorgesehen für 700 Personen neu für 1000 Personen Platz bieten soll. Auch hier gilt es, die politischen Reihen für die weiteren Schritte zu schliessen.

Mehr Velo in Uster

Für uns ist klar: In Uster muss das Velofahren einen höheren Stellenwert erhalten als bisher. Mit einem Postulat haben wir den Stadtrat aufgefordert, einen Massnahmenkatalog zur Verbesserung des Velowegnetzes in Uster zu erarbeiten. Der erste Bericht fiel sehr knapp aus, weshalb wir einen Ergänzungsbericht verlangten. Und siehe da: eine genauere Betrachtung deckte einen riesigen Handlungsbedarf auf. Für sichere Velowege in der Stadt müssten in den nächsten Jahren erkleckliche Summen inve-



Dank SP-Vorstössen im Gemeinderat hat der Stadtrat einen Massnahmenkatalog zur Verbesserung des Velowegnetzes in Uster erarbeitet.

stiert werden. Dieses Massnahmenkonzept ist nun sogar Gegenstand des Agglomerationsprogramms Oberland, womit man sich eine Mitfinanzierung durch den Bund erhofft. Die bürgerliche Mehrheit im Parlament wies Vorlagen zur Einführung von Tempo 30 in einzelnen Quartieren zurück. Diese Vorlagen waren die Reaktion auf Begehren aus den direkt betroffenen Quartieren. Die Einführung dieser Tempo 30-Zonen läge eigentlich in der Kompetenz des Stadtrates; er wollte seine Politik beim Parlament absichern. Da die bürgerlichen Parteien jedoch einen Entscheid verweigerten, hat der Stadtrat nun – ganz im Sinne der SP-Fraktion – entschieden, diese Begehren in eigener Kompetenz zu genehmigen. Erfolgreich waren wir zudem mit einem Vorstoss, der die noch ausstehende Umgestaltung der Sonnenbergstrasse verlangte.

Schulen für die Zukunft rüsten

Das Projekt Einheitsgemeinde ist ein komplexes Unterfangen. Zwar weiss man inzwischen, welche Schritte für die Vereinigung von Sekundarschulgemeinde und politischer Gemeinde Uster nötig sind und wie die Schulung der SekundarschülerInnen in Nänikon geregelt werden kann; dennoch braucht es bei der wichtigsten Partnerin, der Sekundarschule Nänikon-Greifensee, noch viel Überzeugungsarbeit.

Mit dem Ausbau der schulgänzenden Tages-

strukturen sowie der definitive Einführung der Schulsozialarbeit wurden wichtige Projekte realisiert, für die die SP-Fraktion seit vielen Jahren gekämpft hat. Erfreulich ist ebenso der Grundsatzentscheid des Gemeinderats, dass das Schulhaus Krämeracker tagesschulthauglich gebaut werden soll. Dies bedeutet noch nicht, dass dann auch eine Tagesschule eingerichtet wird; aber die Zukunft wird zumindest richtig vorbereitet.

... und langweilig wird's uns bestimmt nicht
Neue Impulse in der zweiten Legislaturhälfte sind in folgenden Bereichen zu setzen:

- Einführung einer kohärenten Alterspolitik, die den veränderten demographischen Verhältnissen und der Bedürfnissen der älteren Menschen gerecht wird;
- das Vorantreiben der Projektierung des Stadthaus II; heute geben wir rund eine halbe Million Franken jährlich für Mieten externer Räumlichkeiten aus, da das heutige Stadthaus schon längst zu klein ist;
- eine strategische Boden- und Immobilienpolitik beim Stadtrat einfordern, und damit bei strategischen Entscheiden in der Stadtentwicklung mitreden zu können; und nicht zuletzt
- eine Umgestaltung des Seeufers. Dieser wichtige Treffpunkt für Jugendliche muss freundlicher gestaltet und die Zugänglichkeit zum See verbessert werden. Es ist nur zu hoffen, dass die Rechtsstreitigkeiten endlich geklärt werden.

Bilanz zur Legislatur-Halbzeit: Wo die SP Uster keine Mehrheiten finden konnte

Fragwürdige Finanzpolitik für Privilegierte

So sehr bei einigen Themen Schulerschlüsse auch mit den anderen Fraktionen möglich sind, bei finanzpolitischen Fragen und bei Projekten, die auch den Schwächeren unserer Stadt zugute kämen, steht die linke Ratsseite oft auf verlorenem Posten. Da verstehe ich jeweils die Welt und die dahinterstehenden Argumente nicht mehr.

Von Balthasar Thalmann, SP-Fraktionspräsident

Die Stadt Uster hat in den vergangenen Jahren sehr wenig investiert. Ausgehend von der allgemein anerkannten Faustregel, einen Viertel des einfachen Staatssteuerertrags zu investieren, schiebt die Stadt Uster mittlerweile einen Investitionsberg von über 70 Millionen vor sich her. Weder von der bürgerlichen Ratsmehrheit noch vom Stadtrat ist der Wille da, diesen Berg abzubauen. Stattdessen wird der Steuerfuss gesenkt.

Verfehlt Tiefsteuerfusspolitik

Besonders ärgerlich ist die Tatsache, dass der Stadtrat mit dem Voranschlag 2012 eine Finanzpolitik übernommen hat, wie sie bis anhin nur von den bürgerlichen Parteien im Parlament postuliert wurde: Investitionen aufschieben und stattdessen den Steuerfuss senken. Dies alles mit dem schon längst widerlegten Argument, dass ein möglichst tiefer Steuerfuss im Standortwettbewerb wichtig und nötig sei, um gute Steuerzahlende nach Uster zu locken. Ein Irrtum: Im

Jahr 2000 betrug der Gesamtsteuerfuss 122 Prozent, 2011 noch 112 Prozent. Trotz dieser massiven Steuerfussenkung blieb die Steuerkraft Usters aber konstant rund CHF 500 unter dem kantonalen Mittel. Völlig lächerlich wurde diese Politik, als die FDP eine so grosse Steuerfussenkung beantragte, die nicht einmal von der SVP mitgetragen wurde. Investitionen verschieben zahlt sich sicher nicht aus; ja, es ist eine Finanzpolitik auf Kosten der künftigen Generation.

Ein Wort zu den Grünliberalen: Auch diese Partei lässt keine Gelegenheit aus, nach Sparmöglichkeiten zu suchen, wenn es nicht gerade grüne Anliegen sind. Bis jetzt muss man ihnen aber zugute halten, dass sie die Tiefsteuerfusspolitik von SVP und FDP nicht mittragen.

Bei den Kindern sparen

Anders sieht die Situation bei Fragen aus, wenn es um Schwächere geht: Die Primarschulpflege hat vor einem halben Jahr beantragt, die musikalische Grundschule in der 1. Klasse auszubauen. SP und Grüne waren dafür. Von den anderen Fraktionen wurde der Ausbau der musikalischen Grundschule verworfen mit dem Argument, die Kinder könnten ja auch an der Musikschule Musikstunden besuchen. Wer die Tarifliste angeschaut hat, weiss, dass sich Familien mit tiefem Einkommen so was kaum leisten können. Noch unverständlicher wird dies, wenn man weiss, dass sich auf eidgenössischer Ebene an vorderster Front eine stramme FDP-Politike-

rin für die Musikinitiative einsetzt. Ärgerlich an dieser Debatte war auch, dass die FDP-Primarschulpräsidentin ihren eigenen Antrag alles andere als mit Verve verteidigt hat. Es machte den Anschein, als käme ihr die Ablehnung gerade recht.

Ins genau gleiche Muster passt eine Geschichte aus der Debatte zum Voranschlag 2011: Die bürgerliche Ratsmehrheit reduzierte die Anzahl Lektionen für Deutsch als Zweitsprache in der Schule auf ein gesetzliches Minimum. Damit wird die Integration fremdsprachiger Kinder länger dauern und ein Klassenverband muss anstelle des üblichen Lernstoffes mehr in das Überwinden von sprachlichen Barrieren investieren. Eine solche Politik ist für mich schlichtweg nicht verständlich. Ebenso mussten wir für Freifachangebote wie z.B. den Blockflötenunterricht kämpfen. Auch dies hätte dem Sparstift von FDP und SVP zum Opfer fallen sollen. Schützenhilfe bekamen wir hier von der GLP, den Grünen und dem SD-Vertreter.

Ideenlosigkeit bei den Bürgerlichen

Es ist in Uster auffallend, wie vor allem die SVP/EDU-Fraktion und auch die FDP/JFU-Fraktion fast ausschliesslich finanzpolitische Ziele verfolgen und für die Weiterentwicklung von Uster keine ernsthaften Impulse geben. Es macht sich manchmal eine wahre Ideenlosigkeit breit. Dies ist ein Frust, gerade dann, wenn man etwas debattierfreudig ist.



Nicht immer dringt die SP im Gemeinderat erfolgreich durch: Besonders in der Finanzpolitik hat sie es zur Zeit schwer.

Legislatur-Halbzeit: Bilanz des Stadtpräsidenten und der SP-Stadträtinnen

Grossprojekte beschäftigen unsere Stadt Uster

Das Amt eines Stadtrats oder einer Stadträtin umfasst vier Hauptaufgaben: die politische Führung dieser Stadt als Mitglied des Gesamtstadtrats, die politische Führung einer Abteilung, die Einsitznahme in Kommissionen, Arbeitsgruppen, Vereinen usw. in Vertretung des Stadtrats und aus Repräsentationsverpflichtungen. Seit dieser Legislatur sind das Stadt- und Schulpräsidium Hauptämter (80%), die übrigen Stadtratsmitglieder werden für eine 40%-Stelle entschädigt.

Von Martin Bornhauser, SP-Stadtpräsident,
Esther Rickenbacher und Barbara Thalmann,
SP-Stadträtinnen

Der Stadtrat behandelt an seinen wöchentlichen Sitzungen mehr als 400 Geschäfte, darunter ca. 25 politische Vorstösse. Ferner finden durchschnittlich sechs Sitzungen in Bürgerrechtsangelegenheiten statt. Der Stadtrat behandelt aber nicht nur die Anträge aus dem Parlament oder den Abteilungen und erledigt damit das «Tagesgeschäft». Er schaut in seiner Regierungstätigkeit auch nach vorn und versucht, kommende Herausforderungen frühzeitig zu erkennen und die erforderlichen Weichen zu stellen.

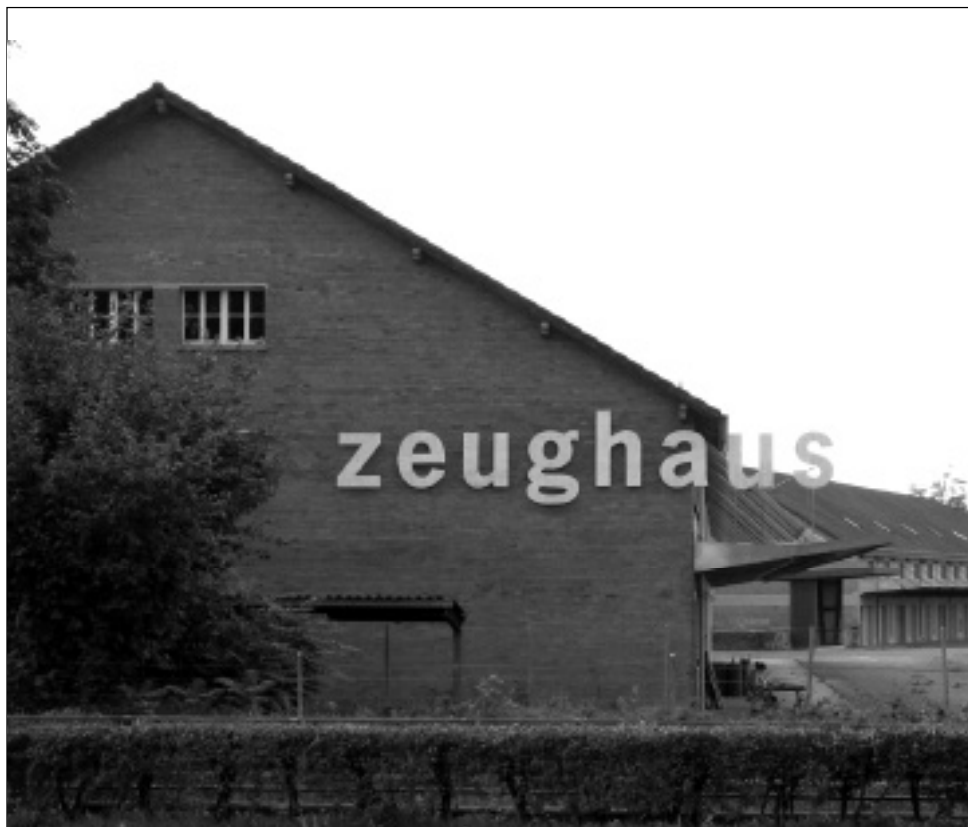
Grossprojekte und ...

Was hat den Stadtrat in den vergangenen zwei Jahren besonders beschäftigt, was hat er bearbeitet? Als erstes fällt der Blick natürlich auf die Grossprojekte, wie etwa die Sanierung und Erweiterung des Hallenbades, das neue Schulhaus Krämeracker, der Bau eines neuen Tagungs- und Kulturzentrums auf dem Zeughaus-Areal sowie die Erweiterung des Stadthauses.

Dabei sind die Projekte verschieden weit fortgeschritten: So ist der Wettbewerb zur Erweiterung des Hallenbades entschieden. Das Schulhaus Krämeracker ist neu aufgeleitet und der Entscheid, den Stadthofsaal auf das Zeughausareal zu verlegen, ist gefällt. Letzterem steht eine Testplanung über das gesamte Zentrum von Uster als wichtiger Meilenstein für die Weiterentwicklung in diesem Gebiet zugrunde. Auf dem Zeughausareal wird nun ein Wettbewerb für einen Gestaltungsplan durchgeführt.

... viele wichtige kleinere Geschäfte

Natürlich ziehen diese grossen Projekte viel öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Ebenso wichtig ist aber auch die tagtäglich und ver-



Eines der Grossprojekte, das den Stadtrat stark beschäftigt, ist das Zeughausareal: Hier soll das neue Kulturzentrum mit grossem Saal und Kleinkunsthöhne entstehen.

meintlich weniger prestigeträchtige Tagesarbeit. So ist die Stadt Uster zur Zeit wie alle Gemeinden in der Schweiz mit dem Aufbau der neuen Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden beschäftigt. Uster wird Sitzgemeinde mit den Gemeinden Egg, Mönchaltorf, Greifensee, Volketswil und Schwerzenbach als Anschlussgemeinden. Weitere Geschäfte von Wichtigkeit in den letzten beiden Jahren waren:

- die Genehmigung von vier Tempo 30-Perimetern, nämlich Sulzbach, Wührestrasse, Wermatswil und Winikon
- den Ersatz für den Qbus im ehemaligen Kino Central
- die Begleitung des Provisoriums der Kantonsschule Uster
- der Ausbau von Krippenplätzen in subventionierten Institutionen
- die Aufhebung der Grüngut-Gebühren als Beitrag zu einer verbesserten Ökobilanz
- die Erarbeitung des Quartier- und Gestaltungsplans Eschenbühl nach Grundsätzen der 2000 Watt-Gesellschaft, z.B. mit Abwärme der ARA Uster

● der Umbau der Zuständigkeiten und neues Verfahren betreffend Einbürgerung von AusländerInnen: Neu ist der Stadtrat abschliessend dafür zuständig.

● die Erarbeitung des Gestaltungsplanes für den Kern Süd

● die Diskussion um einen 24 Stunden-Dienst der Stadtpolizei.

Unterschiedliche Ansichten

Auch im Stadtrat prallen immer wieder unterschiedliche Ansichten über das «Unternehmen» Stadt Uster aufeinander: Da die «Stadt» als blosses Verwaltungsorgan, welches das übergeordnete Recht so günstig wie möglich zu vollziehen hat, die Stadtentwicklung aber ganz dem Spiel der Wirtschaftskräfte und den ökonomischen Gesetzmässigkeiten zu überlassen hat. Dort die «Stadt» als Unternehmen, das – getragen von einer Zielvorstellung (Leitbild) – aktiv gestaltend in die Stadtentwicklung eingreift und auf ein Ziel, eine Vision hinarbeitet. Wir kämpfen für letzteres – in den letzten beiden Jahren, genauso wie in den beiden kommenden.

Legislatur-Halbzeit: Primar- und Sekundarschulpflege

Primar- und Sekundarstufe kommen sich langsam näher

Auf die neue Legislatur wurden sowohl die Primar- als auch die Sekundarschulpflege verkleinert. Die SP ist in der Primarschulpflege mit drei (Vera Dubs, Rosmarie Gartmann, Susanne Sigrist), in der Sekundarschulpflege mit zwei Schulpflegerinnen (Lennie Grob, Annett Krassnitzer) vertreten. Sie ziehen in ihrer Halbzeit-Bilanz ein positives Fazit: Es bewegt sich was, in der Ustermer Bildungspolitik.

Von den SP-Schulpflegerinnen

Die Zusammenarbeit der beiden Schulpflegen wurde in den letzten beiden Jahren deutlich intensiviert. So wurden etwa die zukunftsweisenden Projekte «Pädagogischer Kompass» und «Schulraumstrategie» gemeinsam erarbeitet und erstellt. Weitere Synergien werden laufend geprüft und wenn möglich und sinnvoll auch umgesetzt.

Pädagogischer Kompass

Eine breit abgestützte Zukunftswerkstatt – mit Vertretern aus Politik, Sport und Elternschaft – bildete die Basis für den Pädagogischen Kompass sowie für die Planungsgrundlagen des neuen Schulhauses Krämeracker, welche dem Gemeinderat ebenfalls unterbreitet wurden. Der Kompass soll aufzeigen, welche Richtung die Schule Uster bei pädagogischen Entwicklungen einschlagen soll. Der Kompass fand im Gemeinderat eine deutliche Zustimmung.

Gemeinsame Schulraumplanung

Zum ersten Mal wurde auch eine gemeinsame Schulraumplanung erarbeitet, verabschiedet und schliesslich ebenfalls durch den Gemeinderat gutgeheissen. Sie wird in Zukunft laufend aktualisiert, damit neue Entwicklungen möglichst früh erfasst und miteinbezogen werden können. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass die SchülerInnenzahlen in den kommenden Jahren weiter steigen werden. Aufgrund des grossen Planungsaufwandes und des langen politischen Prozesses dauert der Weg zur Realisierung von Schulbauten allerdings lang – oft muss mit Provisorien überbrückt werden wie zum Beispiel die Pavillons in den Schuleinheiten Niederuster, Gschwader und Pünt.

Aktuelle Bauvorhaben

Auch räumlich wachsen die beiden Schulen immer näher zusammen. Die beiden Schulpflegen haben zwei gemeinsame Projekte in Angriff genommen: Einerseits der Neubau des Primar-



Schulraumplanung ist stets eine grosse Herausforderung für die Schulpflegen. Primar- und Sekundarschulpflege in Uster gehen sie gemeinsam an.

schulhauses Krämeracker, in welchem sich auch die Sekundarstufe einmieten wird. Andererseits das gemeinsame Vorhaben, die Sekundarstufe der Heilpädagogischen Schule auf das Schulareal Weidli zu verlegen. Bei letzterem Projekt übernimmt die Sekundarstufe die Federführung und die Primarschule wird sich einmieten.

Integration wo sinnvoll

Gestützt auf die Grundlage des Volksschulgesetzes setzen die beiden Schulen auf Integration. In jedem einzelnen Fall wird geprüft, ob eine Integration für das betroffene Kind die richtige Lösung bedeutet und für das Klassensystem tragbar ist. Nach wie vor werden SchülerInnen wenn nötig auch separativ geschult, das heisst in externen Sonderschulen. Mit dem Rückzug der IV aus der Finanzierung der Sonderpädagogik und mit dem neuen Finanzausgleich findet zurzeit in diesem Bereich eine starke Umverla-

gerung der Kosten statt, insbesondere vom Kanton auf die Gemeinden.

Schulsozialarbeit

Vier Jahre nach der Sekundarstufe Uster ist nun, wie von der SP immer gefordert, auch die Primarschule Uster in die Schulsozialarbeit eingestiegen: Auf das Schuljahr 2011/12 startete sie mit vier Personen und einer knappen Dotation von total 300 Stellenprozenten. Die Rückmeldungen sind von allen Seiten her positiv. Eine Zusammenführung der beiden Dienste ist für die nächsten Jahre geplant. Damit erhoffen sich die beiden Schulen eine über alle Stufen gut vernetzte Arbeit, welche Kontinuität gewährleistet. Fazit: Die Zusammenarbeit der Schulpflegen ist für beide Seiten ein Gewinn. Auch aus Sicht von Eltern und Kindern ist dies sinnvoll, denn für sie ist die Schule ein Haus des Lernens unter EINEM Dach.

Abstimmung vom 23. September: Für ein fussgängerfreundliches Zentrum

Wichtiger Schritt hin zu einem

Die SP Uster hat im Februar 2010 die Volksinitiative «Für ein fussgängerfreundliches Zentrum» eingereicht. Diese fand eine (knappe) Mehrheit im Gemeinderat, weshalb der Stadtrat beauftragt wurde, einen Umsetzungsvorschlag, der dem Anliegen der Initiative gerecht wird, vorzulegen. Auch dieser Umsetzungsvorschlag fand eine Mehrheit im Parlament, allerdings haben SVP, FDP, EDU und SD dagegen das Behördenreferendum ergriffen. Am 23. September stimmen wir über den Umsetzungsvorschlag ab. Um was geht es?

Von Balthasar Thalmann, SP-Fraktionspräsident

Vor mehr als 25 Jahren versprochen die Ustermer Behörden der Bevölkerung im Stadtzentrum die Einrichtung einer Fussgängerzone. Passiert ist nichts. Die SP Uster, welche bereits in den 1980er-Jahren erste Ideen für ein fussgängerfreundliches Zentrum lanciert hatte, ist auch bei späteren Anläufen immer wieder im Parlament an der bürgerlichen Mehrheit gescheitert. Dabei bräuchte ein fussgängerfreundliches Zentrum Uster viel: Die Bahn- und Laufkundschaft im Bahnhofareal beträgt rund 45'000 Personen täglich. Wenn wir mit einer fussgängerfreundlichen Ausgestaltung nur einen Teil davon ins Zentrum locken können, dann hätten wir das von allen gewünschte lebhaftes Zentrum. In den letzten Jahrzehnten hat die Politik nie den Willen gezeigt, endlich einen Schritt vorwärts zu machen. Dies wollten wir mit der Initiative ändern.

Einfach und genial zugleich

Mit der Umsetzungsvorlage zur SP-Initiative liegt jetzt eine ausgewogene und pragmatische Lösung auf dem Tisch. Die Vorlage ist einfach und genial zugleich: Auf der Bankstrasse zwischen McDonalds und Bezirkssparkasse (also vor dem Bahnhof) soll neu ein Verbot für Motorfahrzeuge gelten; Bus, Taxi, Güterumschlag und Berechtigte mit Bewilligung sind zugelassen. Damit wird die heute unzumutbare Situation an der Bankstrasse beim Bushof massiv entschärft: Das Queren der Bankstrasse gleicht dort oft einem Spiessrutenlauf, tödliche Unfälle an dieser Stelle sprechen eine traurige Sprache. Insbesondere für die schwächeren Verkehrsteilnehmer wird die Situation deutlich sicherer.

Gleichzeitig bleiben aber die wichtigsten Punkte wie Post, Bahnhof, aber auch Detailhandelsgeschäfte weiterhin erreichbar. Die Vorlage nimmt keinem Detailhändler die Kunden weg.

Der Durchgangsverkehr, der auf der Bankstrasse rund einen Drittel beträgt und nichts im Zentrum zu suchen hat, kann aber aus dem Zentrum verbannt werden. Der Umsetzungsvorschlag legt ein intelligentes und realistisches Verkehrssystem vor, welches das heutige «Gewurstel» im Ustermer Zentrum ablösen soll.

Wirtschaftsforum will autofreies Zentrum

Die Gegner bezeichnen die Vorlage als «zu wenig durchdacht und ausgereift» oder behaupten, dass sie vor dem Bahnhof zu «einem Chaos führen» würde. Diese Vorwürfe entbehren jeglicher Grundlage. Das vorgeschlagene System funktioniert zweifelsohne. Das Wirtschaftsforum hat bei der Präsentation seiner Visualisierungen zur Zukunft des Ustermer Zentrums gefordert, das Zentrum weitgehend autofrei zu machen. Diese Forderung mag zwar – wie auch vom Stadtrat als Vision formuliert – für in 10 bis 20 Jahren gut sein, kurzfristig ist sie aber nicht umsetzbar. Wir haben unsere Post mitten im Zentrum und sie muss mit dem Auto erreichbar bleiben. Ein autofreies Zentrum bedingt also entweder die Verlegung der Post an einen Standort mit direktem Anschluss an die Zürichstrasse oder einen neuen, vielleicht sogar unterirdischen Zugang an den heutigen Standort. Bis es soweit ist, braucht's noch viel vor allem auch noch grosse Investitionen von Privaten. Solange wollen wir aber nicht mehr warten, um wenigstens einen Schritt Richtung attraktives Zentrum zu machen.

Wir dürfen auch nicht meinen, wir könnten Knall auf Fall den Verkehr aus dem Zentrum verbannen und hätten dann prosperierende autofreie Einkaufsstrassen wie in Baden, Winterthur oder Chur. Uster ist keine mittelalterliche Stadt, die heutige Bebauungsstruktur, die durch Stadthaus, Illuster, Stadthof, Uster 77 und den Kern Nord geprägt ist, besteht erst seit maximal 50 Jahren. Die Umsetzungsvorlage ist deshalb der erste richtige und wichtige Schritt hin zur Vision einer «Neustadt», wie sie die Testplanung der Stadt und das Konzept des Wirtschaftsforums aufgezeigt haben.

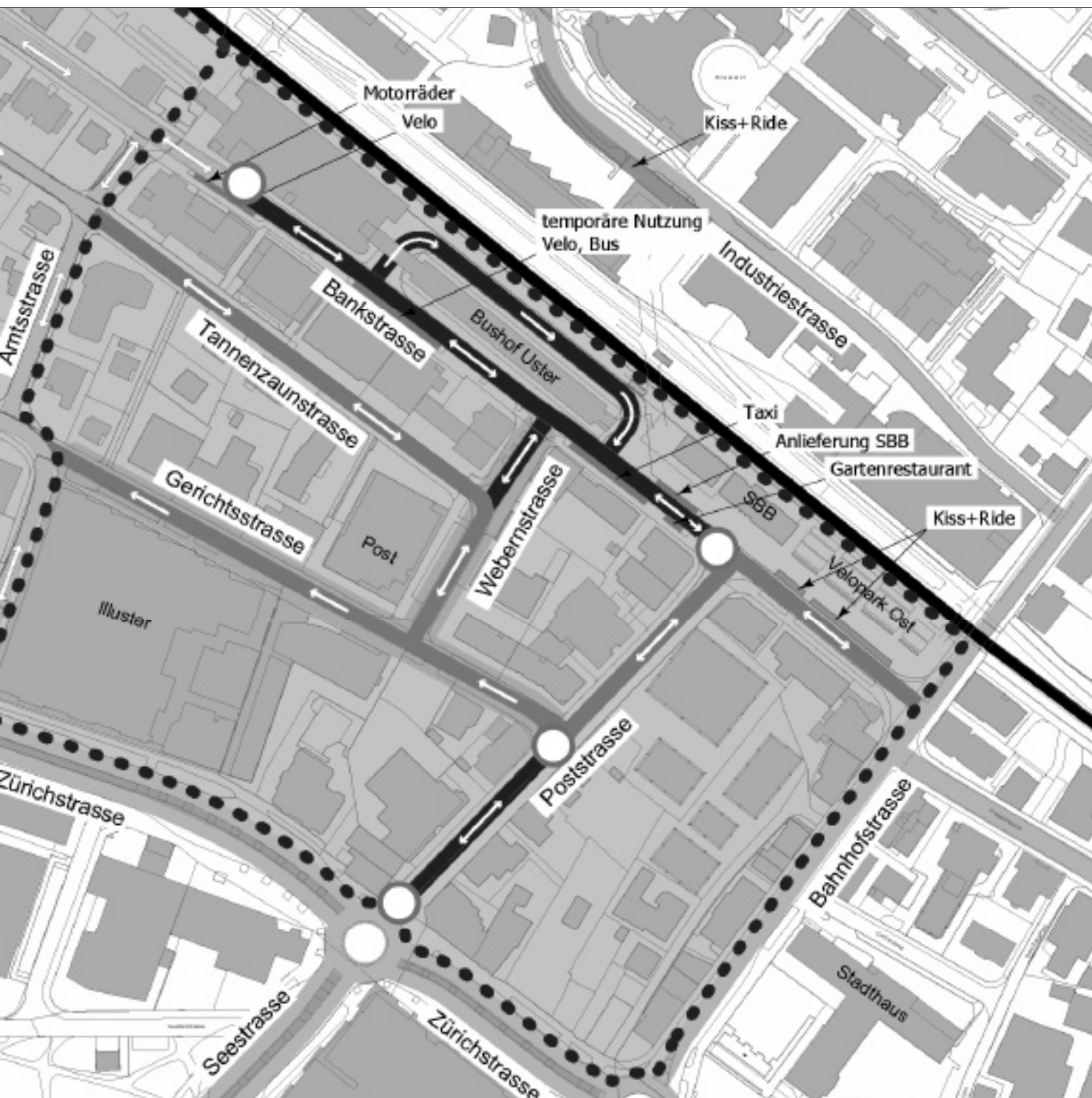
Nicht glaubwürdige Gegnerschaft

Zum Schluss noch zur politischen Ausgangssituation: Wie bereits vor vier Jahren, als wir über einen Landverkauf für ein Coop-Einkaufszentrum im Mühleholz bei der Autobahnausfahrt abgestimmt haben, stehen sich die gleichen politischen Kräfte gegenüber. Die Parteien und Verbände, die sich heute gegen das fussgängerfreundliche Zentrum wehren, hatten sich für



den Landverkauf eingesetzt und behauptet, das peripher gelegene Coop-Einkaufszentrum würde das Zentrum nicht schwächen. Hätten die Stimmberechtigten auf diese Kreise gehört, könnten wir heute nicht ernsthaft über weitere Einkaufsmöglichkeiten an zentralster Lage beim

attraktiveren Zentrum



Bezirksgebäude nachdenken und das Wirtschaftsforum könnte seine Ideen für ein attraktives Zentrum wohl begraben. Die Glaubwürdigkeit der Referendumparteien in Fragen rund um die Zentrumsentwicklung von Uster scheint mehr als zweifelhaft zu sein.

*Auf den schwarze Strassen:
generelles Fahrverbot mit Ausnahmen für Bus, Taxi und Güterumschlag.*

*Auf den dunkelgraue Strassen:
eingeschränktes Fahrverbot, Zubringerdienst gestattet, Zufahrt zur Post gewährleistet.*

*Auf den hellgraue Strassen:
keine Änderungen zur aktuellen Situation.*

Legislatur-Halbzeit: Interview mit den SP-Gemeinderatsmitgliedern Lucia Thaler und Seyhan Kâhya

«Wir wollen das politische Geschehen

Die SP-Fraktion gehört im Gemeinderat traditionell eher zu jenen Fraktionen mit einem tiefen Altersdurchschnitt. In der ersten Hälfte der Legislatur fand aber nochmals eine deutliche Verjüngung statt, dies dank dem Eintritt von Lucia Thaler (23) und Seyhan Kâhya (21). Sie sind nun die beiden jüngsten Mitglieder im Ustermer Parlament. Im Interview mit dem FORUM erklären sie, was sie an der Parlamentsarbeit reizt.

FORUM: Seyhan, bei der Nachfolge von Peter Grob in den Gemeinderat haben einige Ersatzleute entschieden, nicht nachzurücken. Du hast zugesagt. Was reizt Dich an der neuen Aufgabe?

Seyhan Kâhya: Das Nachrücken in den Gemeinderat gibt mir eine einmalige Gelegenheit bei Entscheidungen in der Stadt Uster direkt mitzuwirken. Ich mag politische Diskussionen und Auseinandersetzungen und freue mich auf die neue Herausforderung. Und natürlich freue ich mich darauf, mich zusammen mit Lucia für die junge Generation einsetzen zu können.

Während Seyhan eben erst gerade nachgerückt ist, bist Du, Lucia, seit gut neun Monaten Mitglied im Gemeinderat. Wie bist Du gestartet?

Lucia Thaler: Die Nachricht, dass ich für Regula Trüb im Oktober 2011 in den Gemeinderat nachrutschen kann, war für mich eine freudige Überraschung. Ich habe die Herausforderung gerne angenommen. Am Anfang war ich natürlich mit den Abläufen und den bereits laufenden Geschäften nicht so vertraut. Aber ich nahm mir die Zeit, um mich einzuarbeiten, was hauptsächlich bedeutete, viel zu lesen. Aber inzwischen habe ich mich gut eingelebt und die Arbeit gefällt mir sehr. Ich finde es bereichernd, das politische Geschehen in Uster hautnah miterleben und mitgestalten zu können.

Ist die parlamentarische Arbeit so, wie Du es erwartet hast? Oder gibt es Dinge die Dich überrascht haben?

Lucia Thaler: Ich hatte eigentlich keine konkreten Vorstellungen, was auf mich zukommt. So war mir zum Beispiel nicht bewusst, dass so viele Geschäfte eine Vorgeschichte haben, die über den aktuell vorliegenden Antrag hinausgeht. Und dieses Wissen muss man sich aneignen, muss wissen, was in diesem Bereich vorher schon entschieden worden ist, damit man den vorliegenden Antrag richtig einordnen und beurteilen kann.

Und Du, Lucia, wie bist Du in der Gemeinderatsfraktion aufgenommen worden?



Sie sind die beiden jüngsten Mitglieder im Ustermer Gemeinderat: Seyhan Kâhya (links) und Lucia Thaler.

Lucia Thaler: Sehr gut. Ich habe mich von Anfang an wohl gefühlt und habe auch viele wertvolle Tipps erhalten. Die SP-Fraktion ist bezüglich Alter und Geschlecht ziemlich ausgewogen zusammengesetzt, was uns ermöglicht, die Interessen ganz unterschiedlicher Bevölkerungskreise in den politischen Prozess einzubringen und eine Politik für alle zu machen.

Welche Erwartungen verknüpfst Du, Seyhan, mit der Arbeit im Gemeinderat?

Seyhan Kâhya: Ich will mich im Gemeinderat dafür stark machen, dass sich Uster zu einer Stadt entwickelt, wo es Platz für alle hat, unabhängig vom Portemonnaie. Gesellschaftliche Teilhabe der Ustermerinnen und Ustermer ist mir wichtig, dazu braucht es Grundeinrichtungen wie günstigen Wohnraum, Kultur- und Begegnungszonen und ein intaktes Naherholungsgebiet. Arbeitsplätze und Lehrstellen in Uster sind mir auch ein Anliegen.

Du hast eben erst ein Studium als Agrarwissenschaftler an der ETH Zürich aufgenommen. Keine Angst vor zeitlicher Überlastung?

Seyhan Kâhya: Zeit hat man nicht, Zeit nimmt man sich. Ein Studium ist sicher nicht zu unterschätzen, aber ich habe mit zeitlicher Belastung bereits so meine Erfahrungen gemacht: Die Matura habe ich über das Selbststudium neben meinem politischen Engagement bei den Jusos und einem Job bewältigt.

Lucia Thaler: Das Gemeinderatsmandat ist für mich ein idealer «Nebenjob» neben dem Studium. Dadurch, dass die Sitzungen abends stattfinden, kommt sich das nicht in die Quere. Und

die Vorbereitungszeit kann man sich ja frei einteilen, muss halt auch mal einen Samstag dem Aktenstudium opfern. Aber so gelingt die Verbindung von Amt und Studium eigentlich recht gut.

Wenn man nachrutscht, kann man sich zumeist nicht aussuchen, in welche Kommission man kommt, sondern übernimmt den Sitz des oder der VorgängerIn. Du, Lucia, bist in der Kommission Bildung und Kultur, Du, Seyhan, in der Kommission für Planung und Bau.

Wie nahe liegen Euch diese Themen?

Lucia Thaler: Ich bin mit meiner Kommission sehr zufrieden. Bei mir als junge Gemeinderätin liegt die eigene Schulzeit noch deutlich weniger lange zurück als bei älteren Ratsmitgliedern. So bringe ich sicherlich einen anderen Blick auf die Schule und ihre Entwicklung in den letzten Jahren mit, wie z.B. die integrative Schulung. Und natürlich ist mir wichtig, in den Bereichen Bildung und Kultur die Perspektive junger Leute einzubringen. Gerade bei der politischen Diskussion über Kultur wird kaum über Angebote wie Clubs oder Rockkonzerte gesprochen, die überwiegend für die Jungen von Bedeutung sind.

Seyhan Kâhya: Ich freue mich, in der Kommission Planung und Bau mitzuarbeiten. Das Thema Stadtentwicklung konnte man in den letzten Jahren in den Medien recht gut verfolgen. Aber mir ist klar, dass ich mich hier jetzt in die verschiedenen Themen und Projekte einarbeiten muss. Planungen erstrecken sich ja über viele Jahre und diese Vorgeschichte zu kennen, ist wie Lucia ja ausgeführt hat, sehr wichtig. In der Stadtplanung geht es ja vor allem um die Zukunft unserer Stadt und da ist es sicher gut, wenn

hautnah miterleben und mitgestalten»

auch die Jungen mit einem sozialen und ökologischen Bewusstsein eine Stimme haben.

Wie ist Eure Einschätzung bezüglich der Politik in Uster für Junge? Was läuft gut? Was fehlt? Was möchtet ihr einbringen?

Lucia Thaler: Im Gemeinderat von Uster sind Junge untervertreten. Dadurch werden deren Anliegen zu wenig aufgenommen. Zusammen mit Seyhan möchte ich die Perspektiven der jungen Generation vermehrt einbringen. Im kulturellen Bereich läuft zu wenig für junge Leute. Hier sehe ich viel Potential, bei der Neugestaltung des Zeughausareals Angebote zu schaffen, die für Junge attraktiv sind.

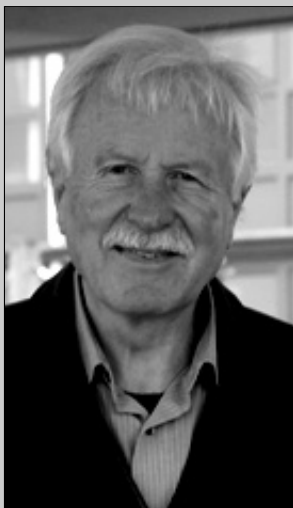
Seyhan Kâhya: Damit junge Menschen gerne in Uster bleiben, braucht es günstige Wohnräume, ein attraktives Kulturangebot und ein einladendes Naherholungsgebiet. So kann sich Uster aus dem Schatten von Zürich lösen. Gleichzeitig muss man fairerweise aber auch sagen, dass sich in Uster zum Beispiel im Bereich Jugendpartizipation durchaus etwas tut, ich denke da etwa an das Projekt «Schule im Stadthaus». Auch die Jugendarbeit schätze ich grundsätzlich als recht gut ein.

Zum Schluss: Wenn Du, Lucia, Seyhan einen Tipp geben kannst: Auf was muss er für einen guten Start im Gemeinderat achten?

Lucia Thaler: Wichtig ist vor allem eine gute Vernetzung, um die Anliegen und Erwartungen der Bevölkerung zu kennen und einbringen zu können. Aber Seyhan bringt das als gebürtiger Ustermer sicher mit. Und genügend politische Ideen hat er durch seine langjährige Arbeit in der Juso und der SP auch. Und ansonsten gilt: Sich am Anfang genügend Zeit nehmen, sich gründlich einlesen. Und sich auch nicht scheuen, nachzufragen. Niemand erwartet, dass man von Anfang an alles weiss. *Interview: Stefan Feldmann*



Uster muss attraktiver für Junge werden, etwa auf dem Zeughaus-Areal, finden die SP-GemeinderätInnen Lucia Thaler und Seyhan Kâhya.



Walter Strucken neuer Gemeinderatspräsident

sf. Mit einem Glanzresultat hat der Gemeinderat Uster am 16. April SP-Gemeinderat Walter Strucken zu seinem neuen Präsidenten gewählt: Strucken erhielt von den 33 anwesenden Ratsmitgliedern 31 Stimmen!

In seiner Antrittsrede erinnerte der neue «höchste Ustermer» daran, dass für die politische Arbeit sicher eine gewisse Hartnäckigkeit nötig ist, zum anderen aber auch Geduld. So hatte Strucken ausgerechnet, dass im Gemeinderat rund 147 Jahre an Ratserfahrung zusammen kommt. Das töne nach viel und mache Eindruck, so Strucken, wenn man diese Ratserfahrung aber auf die 36 Ratsmitglieder umlege, so komme man gerademal auf vier Jahre Ratszugehörigkeit pro Mitglied. Strucken ermunterte die Ratsmitglieder zu etwas mehr Sitzleder: «Je länger man dabei ist, desto besser kann man die

Entwicklung eines Geschäfts oder eines Anliegens verfolgen.» Nach dem Apéro im Stadthausfoyer lud der neue Ratspräsident die Anwesenden noch zu einem Nach-Apéro ins Freizeit- und Jugendhaus frjz ein, das er während vieler Jahre präsidiert hatte. Walter Strucken wurde dabei in einer Rischka von seinen Ratskolleginnen und -kollegen vom Stadthaus ins frjz gezogen. Die Rischka war in Serafims Garten entstanden und von Kindern des Holzwurms – den Strucken Ende der 1970er Jahre mitbegründet hatte – mit Feuerwerk ausgestattet wurde. Dass das Gefährt kurzzeitig ein Rad verlor, tat der Feier keinen Abbruch.

Die SP Uster gratuliert Walter Strucken ganz herzlich zu seiner glanzvollen Wahl und wünscht ihm für seine Präsidentschaft alles Gute!

Abstimmungen vom 17. Juni: NEIN, JA und nochmals JA beim Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz

Schutz von PatientInnen und Personal ist bitter nötig

Den Privatspitälern die Gewinne, der öffentlichen Hand die Verlust – so einfach lässt sich das Finanzierungskonzept des neuen Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetzes (SPFG) zusammenfassen, falls die Hauptvorlage eine Mehrheit findet. Aber noch ist nicht alles verloren: Mit zwei Varianten ist es möglich, dass Gesetz so zu verbessern, dass weder PatientInnen noch das Personal die Zeche für eine verfehlte Politik zahlen müssen.

Von Erika Ziltener, SP-Kantonsrätin

Aufgrund von Änderungen im Bundesrecht, zuvorderst wegen der Einführung der leistungsbezogenen Fallpauschalen (DRG) muss der Kanton Zürich seine Spitalplanung und -finanzierung neu regeln – das ist unbestritten. So wie es aber die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat unter gültiger Mithilfe der «neuen Mitte» getan hat, geht es sicher nicht. Sie haben eine Variante gewählt, welche gerade für schwerkranke Menschen oder aber auch für das spezialisierte Kinderspital schwere Nachteile mit sich bringt.

Fonds als sozialverträglicher Ausgleich Privatspitäler mit öffentlichen Leistungsaufträgen können in gewissen medizinischen Teilbereichen hohe Gewinne erzielen. Die Behandlung von schwerkranken Menschen oder von

Kindern führen jedoch zu Verlusten, die vollumfänglich von der öffentlichen Hand und den Versicherer getragen werden müssen. Deshalb sind sie für die Privatspitäler auch nicht von Interesse. Das revidierte Krankenversicherungsgesetz des Bundes verlangt nun neu die Einführung der Abgeltung nach leistungsbezogenen Fallpauschalen (DRG). Neu erhalten Spitäler auch für die Behandlung von zusatzversicherten Patientinnen und Patienten Gelder der öffentlichen Hand. Das ist zum Vorteil der Privatspitäler: Sie profitieren von der jahrelangen Aus- und Weiterbildung der Ärztinnen und Ärzten, aber auch des Gesundheitspersonals, die von der öffentlichen Hand finanziert wurde. Nun aber können sie sich dank staatlicher Unterstützung ganz auf die lukrativen Bereiche konzentrieren und die weniger lukrativen den öffentlichen Spitälern überlassen.

Das das so nicht geht, hat auch der Regierungsrat erkannt und einen Zukunfts- und Stützungsfonds ins Gesetz eingebaut, der eine teilweise Gewinnabschöpfung bei den Privatspitälern vorgesehen hätte und die Gelder jenen Spitälern zugute kommen lassen würde, die auch weniger gewinnbringende Leistungen erbringen. Der Kantonsrat hat den Fonds aber aus ideologischen Gründen aus dem Gesetz gestrichen. Es ist dem Druck der SP zu verdanken, dass der Fonds nun immerhin als Variante 2B zur Abstimmung kommt, so dass die Stimm-

berechtigten diesen Entscheid korrigieren können. Nur mit dem Fonds ist auch in Zukunft die Qualität der Grundversorgung im Kanton Zürich für die ganze Bevölkerung sichergestellt.

Situation des Personals verbessern

Die Einführung der Fallpauschalen birgt noch eine zweite Gefahr, nämlich die, dass das Gesundheitspersonal und die entsprechenden Arbeitsbedingungen unter massiven Druck kommen. Dies zeigen die Erfahrungen in Deutschland und in den USA. Der Gegenvorschlag 2C «Ja zum Schutz der PatientInnen und des Gesundheitspersonals» verlangt deshalb, dass Spitäler minimale Anforderungen in Bezug auf die Arbeitsbedingungen erfüllen. Die Ärztinnen und Ärzte, das Pflegepersonal und andere Fachkräfte in den Spitälern, die rund um die Uhr erkrankte und verunfallte Menschen versorgen, brauchen faire Anstellungsbedingungen.

Fazit: Das Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz ist so, wie vom Kantonsrat beschlossen, nicht akzeptabel. Patientinnen und Patienten und letztlich auch das Personal würden so den Preis für eine verfehlte Spitalpolitik bezahlen. Das gilt es zu verhindern: Mit einem NEIN zur Hauptvorlage 2A und einem JA zu den beiden Varianten 2B und 2C (genaues Abstimmungsverhalten siehe Kästchen auf Seite 14).

Mehr Infos unter:

www.ja-zur-vorlage2cund2b.ch



Weder PatientInnen noch Personal sollen für eine verfehlte Spitalpolitik büssen müssen. Deshalb Nein zur Hauptvorlage und Ja zu den beiden vorgeschlagenen Varianten.



Damit die Schule für unsere Kinder im Quartier bleibt, brauchte es ein Nein zur Mogelpackung «Freie Schulwahl».

Abstimmungen vom 17. Juni: NEIN zur Volksinitiative «Freie Schulwahl»

Freie Schulwahl: Eine Mogelpackung

Freie Schulwahl – das tönt sympathisch. Bei näherem Hinsehen wird aber klar, dass die freie Schulwahl keine Lösung für das Bildungssystem des Kantons Zürich sein kann. Im Gegenteil: Sie ist unter verschiedenen Aspekten fragwürdig, finanz- aber auch demokratiepolitisch. Und sie wäre kaum zu organisieren. Das alles zeigt: Die freie Schulwahl ist eine Mogelpackung, die abgelehnt werden muss.

Von Karin Maeder, SP-Kantonsrätin

Die Volksinitiative für die freie Schulwahl will, dass alle Kinder ab der vierten Klasse – bzw. natürlich deren Eltern – ihren Schulort in der öffentlichen Schule, sowie in bewilligten freien Schulen frei wählen können. Zudem soll sich der Kanton finanziell an den bewilligten sogenannten freien Schulen beteiligen, mit einem Beitrag gemäss den Durchschnittskosten der öffentlichen Schulen. Unter freien Schulen werden private Schulen verstanden, die alle SchülerInnen aufnehmen müssen, die sich bei ihnen melden. Für die SP ist klar, dass diese Lösung keine sein kann für das Bildungssystem im Kanton Zürich.

Soziale Integration würde leiden

Für uns ist eine starke Volksschule ein wichtiges Gut, das es zu schützen gilt. 95 Prozent aller Kinder im Kanton Zürich besuchen die Volksschule. Die vorhandenen Mittel müssen da optimal eingesetzt werden. Die Volksschule ist ein Ort der sozialen Integration. Da kommen Kinder und deren Eltern aus allen Schichten zusam-

men. Sie lernen gemeinsam für ihr Leben. Die freie Schulwahl aber führt zu einer Entsolidarisierung der Gesellschaft. Eine freie Schulwahl würde vor allem bereits privilegierten Familien zu Gute kommen. Bildungsferne und Migrantenfamilien hätten das Nachsehen. Bestimmte Bevölkerungsgruppen würden ihre Kinder nur noch in bestimmte Schulen schicken, andernorts würden «Ghettoschulen» entstehen.

Eine solche gesellschaftliche Entmischung wäre für den Zusammenhalt der Gesellschaft aber brandgefährlich und muss unbedingt verhindert werden.

Die Volksschule ist «unsere» Schule

Wer die Volksschule mitgestalten möchte, kann sich in die Schulpflege wählen lassen und so die Schule vor Ort mitgestalten. Die Volksschule ist also demokratisch legitimiert, was die Privatschulen nicht sind. Diese sollen ebenso durch den Staat mitfinanziert werden, ohne dass die Bevölkerung demokratisch Einfluss nehmen kann. Das ist nicht akzeptabel.

Wenn nun die BefürworterInnen der freien Schulwahl behaupten, dass durch die freie Konkurrenz bessere Resultate erzielt werden, dann ist das absurd und folgt einer neoliberalen Logik, dass Wettbewerb immer besser ist. Im Gegenteil: Es würde ein unnötiger Stress und Profilierungsbestrebungen der einzelnen Schulen entstehen. Die Volksschule hat aber als Service Public die Aufgabe im ganzen Kanton für ein gutes und qualitativ hochstehendes Bildungsangebot zu sorgen. Es darf und soll nicht darauf ankommen, wo ein Kind zur Schule geht, nur so gibt es

Chancengerechtigkeit. Ich bestreite auch nicht, dass es Einzelfälle gibt, wo ein Schulwechsel Sinn macht. Hier vertraue ich aber auf die Offenheit der Schulbehörden in den Gemeinden, dass sie für das Wohl des Kindes die beste Lösung suchen, auch wenn dies ein Schul- oder Klassenwechsel bedingt. Und das tun sie auch heute schon.

Wir wollen keinen Schülertourismus

Mit der freien Schulwahl hätten alle Eltern die Möglichkeit ihre Kinder in irgendeiner Gemeinde zur Schule zu schicken, was bedeuten würde, dass die Kinder unter Umständen quer durch den Kanton gekarrt würden, oder einen langen Schulweg auf sich nehmen müssten. Auch hier: Leisten können sich das nur gut gestellte Familien, die anderen blieben auf der Strecke.

Und schliesslich: Die freie Schulwahl konsequent umgesetzt, ist kaum zu organisieren. Was passiert, wenn die Schule X von Aufnahme-wünschen überschwemmt würde? Wer entscheidet dann, welches Kind aufgenommen würde. Und was macht eine Schulpflege, wenn für ein Schulhaus zu wenige Anmeldungen vorliegen? Schliesst sie es, entlässt die Lehrkräfte und lässt die Infrastruktur leerstehen?

Fazit: Die Freie Schulwahl ist ein Ideal, das in der Realität nicht funktioniert. Sie schafft falsche Anreize und führt zu einer Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft. Profitieren würde nur eine kleine, zumeist gut betuchte Minderheit. Wir wollen aber die beste Volksschule für Alle und nicht eine für Wenige!

Mehr Infos unter: www.schulwahl-nein.ch

Abstimmungen vom 17. Juni: NEIN zur Steuergesetzrevision (Unternehmenssteuer-Reform II)

Keine neuen Steuergeschenke für die Banken

Die Unternehmenssteuer-Reform II geht wohl als eine der grössten Abstimmungs-lüge in die Schweizer Politgeschichte ein: Statt 84 Millionen kostet die 2008 beschlossene Reform den Staat mehrere Milliarden Franken. Jetzt steht der Nachvollzug dieser Reform auf kantonaler Ebene an. Wenigstens hier können wir noch ein Zeichen setzen und die Reform mit einem Nein bachab schicken.

Von Stefan Feldmann, SP-Kantonsrat

Im Jahr 2008 nahm das Schweizer Volk die Unternehmenssteuerreform II (USR II) mit hauchdünnem Mehr an. Es glaubte damals Bundesrat Hans-Rudolf Merz, der versicherte, dass die Reform Bund, Kantone und Gemeinden nur etwa 84 Millionen Franken an Steuerausfällen kosten werde. Später kam dann das böse Erwachen: Dank der skandalösen Reform schütten grosse Schweizer Firmen – ABB, Credit Suisse, Zürich Versicherung etc. – seit 2011 Jahr für Jahr 10 Milliarden Franken steuerfreie Dividenden aus (siehe Kästchen). Alles in allem entgegen der öffentlichen Hand durch die Reform in den nächsten zehn Jahren rund 8 Milliarden Franken an

Steuereinnahmen. Das Bundesgericht hat Ende letzten Jahres denn auch offiziell festgestellt, dass die Stimmberechtigten 2008 mehr oder weniger an der Nase herumgeführt worden seien. Eine Wiederholung der Abstimmung wollte das Gericht aber aus Gründen der Rechtssicherheit nicht ansetzen.

Über 100 Mio. neue Steuerausfälle
Immerhin können wir im Kanton Zürich nun am 17. Juni über die kantonale Umsetzung der USR II abstimmen. Gemäss der Vorlage sollen Firmen die Gewinnsteuer mit der Kapitalsteuer verrechnen dürfen, die Kapitalbesteuerung würde damit faktisch abgeschafft. Die Befürworter verkaufen die Reform einmal mehr als KMU-Entlastung. Profitieren würden jedoch ausschliesslich kapital- und gewinnstarke Firmen, vorab Banken, Versicherungen und Grosskonzerne. Für KMUs dagegen ist das Kapital kein wesentlicher Belastungsfaktor: bei 100'000 Franken Kapital beträgt sie schon anhin bloss 164 Franken.

2005 wurde die Kapitalsteuer im Kanton Zürich bereits halbiert und die jetzige Revision würde Kanton und Gemeinden nochmals Ausfälle von je 55 bis 70 Millionen bringen, total also 110 bis

Dank Ex-BR Merz: Steuerfreie Dividenden 2012

Zürich Versicherungen	2'506 Mio.
ABB	1'489 Mio.
Swiss Re	1'028 Mio.
Credit Suisse	928 Mio.
Glencore	630 Mio.
UBS	383 Mio.
Julius Bär	199 Mio.
Swiss Life	143 Mio.

140 Millionen. Auf Gemeindeebene müsste die Stadt Zürich alleine drei Viertel davon tragen. Dies zulasten der Allgemeinheit, denn jeder Franken, der in den öffentlichen Kassen fehlt, muss mit Leistungsabbau oder höheren Steuern für alle kompensiert werden.

Deshalb sagen wir am 17. Juni Nein zu dieser Steuergesetzrevision und zu weiteren Steuergeschenken für Banken, Versicherungen und Grosskonzerne.

Weitere Informationen:

www.kein-steuerbonus-fuer-banken.ch

Abstimmungsparolen für den 17. Juni 2012

Eidgenössische Abstimmungen

NEIN zur Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen»

NEIN zur Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik» (Staatsvertrags-Referendum)

NEIN zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (Managed Care)

Kantonale Abstimmungen

NEIN zur Änderung des Steuergesetzes (Nachvollzug Unternehmenssteuerreform II) (siehe Artikel oben)

NEIN zum Spitalplanungs- & -finanzierungsgesetz (SPFG) (2A)

JA zum Gegenvorschlag SPFG Variante Zukunfts- und Stützungsfonds (2B)

JA zum Gegenvorschlag SPFG Variante Schutz der PatientInnen und des Personals (2C) (siehe Artikel auf Seite 12)

Stichfrage 1 (2A oder 2B?): **2B**

Stichfrage 2 (2A oder 2C?): **2C**

JA zum Verkehrsabgabe-Gesetz

NEIN zur Volksinitiative «Freie Schulwahl ab der 4. Klasse» (siehe Artikel auf Seite 13)

NEIN zur Volksinitiative «Der Kunde ist König»

JA zur Volksinitiative «Erhalt der wertvollen Flächen» (Kulturlandinitiative)

Zweckverband Schulgesundheitspflege
Uster-Greifensee

JA zum Kredit für die Erneuerung der Schulzahnklinik und die Erhöhung der Stellendotation

...und für den 23. September

Abstimmung in Uster

JA für ein fussgängerfreundliches Zentrum (siehe Artikel auf Seite 8).

Veranstungskalender

09.06.: STEP ACROSS THE BORDER

20.30 Uhr: Konzert mit Fred Frith und Lucas Niggli
22.00 Uhr: Dok-Film von Humbert und Penzel



Die Konzertreihe PAM! (Platz für Andere Musik) organisiert zusammen mit qtopia einen Fred-Frith-Abend. Um 20.30 Uhr spielt der britische Gitarrist, Komponist und Improvisator Fred Frith im Duo mit dem Ustermer Schlagzeuger und Komponisten Lucas Niggli. Anschliessend gibts den Musikfilm «Step across the border» aus dem Jahr 1990 zu sehen, für den sich die Dokumentarfilmer Nicolas Humbert und Werner Penzel zwei Jahre lang an die Fersen von Fred Frith geheftet hatten. «Der Film schafft das, was sich Frith zum Ziel gesetzt hat: Er überquert jene Grenze der einfachen Wahrnehmung, seien das Töne, seien das Bilder – und gelangt zu neuen Empfindungen. Das Leben zeigt sich in Zusammenhängen und nicht mehr in Oberflächen.» (Tages-Anzeiger)

Qtopia Studiokino
Central, Brauereistrasse 2, Uster

10.+11.06.: LA PIEL QUE HABITO

Sonntag, 18.30 und 21 Uhr, Montag, 20.30 Uhr



Film von Pedro Almodovar, 2011, Esp., d/f, 117'

Die bildhübsche Vera (Elena Anaya) ist die einzige Patientin einer privaten Schönheitsklinik, wo sie Tag und Nacht vom plastischen Chirurgen Dr. Robert Ledgard (Antonio Banderas) überwacht wird. Er pflegt ihre Haut wie einen Schatz und kontrolliert jeden Schritt, jeden Blick, jede Emotion. Pedro Almodóvars neuer Geniestreich, ein ebenso schaurig-verstörender wie betörender Psychothriller, basierend auf dem gleichnamigen Erfolgsroman des Franzosen Thierry Jonquet, besticht nicht nur durch subtil aufgebaute Spannung und eine gewohnt grandiose Bildästhetik. Vielmehr thematisiert er auf überaus intelligente Weise die Problematik der menschlichen Identität und versetzt der

vom grassierenden Jugendwahn ungeniert profitierenden modernen Schönheitschirurgie - gewissermassen subkutan - kleine kritische Nadelstiche.

Qtopia Studiokino
Central, Brauereistrasse 2, Uster

16.06.: VERANSTALTUNG «ZUM HUT»

Echo vom Zuerihorn, Alphorn Trio



Man nehme ein Alphorn. Dieses traditionsreiche Instrument mit seinen begrenzten harmonischen Möglichkeiten. Dazu ein Didgeridoo, Muscheln, Posaunen und noch mehr Alphörner. Und höre, wie sich die harmonischen Möglichkeiten erweitern, wenn verschiedene Hörner gleichzeitig spielen. Mit Nick Guttersohn posaune, alphorn; Robert Morgenthaler alphorn, posaune, shells digeridoo; und Priska Walss alphorn, posaune.

Samstag, 16. Juni 2012, 20.30 Uhr,
Café- und Weinbar zum Hut,
Bahnhofstrasse 18, Uster

17.06. ABSTIMMUNGS-SONNTAG

Nicht verpassen und hingehen:

An diesem Wochenende wird über wichtige eidgenössische, kantonale und lokale Geschäfte an der Urne abgestimmt. Siehe auch Seite 14, Kasten unten links.

17.+18.06.: SUMMER GAMES

Sonntag, 18.30 und 21 Uhr, Montag, 20.30 Uhr



Film von Rolando Colla, 2011, Ital., d/f, 101'
Schwüler Hochsommer auf einem Campingplatz in der Maremma, einer beliebten Strandregion in der Toskana. Vincenzo und Adriana, ein Paar kurz vor der Trennung, versuchen mit letzter, verzweifelter

Anstrengung ihre von psychischer Abhängigkeit geprägte Ehe zu retten. Ihr 12-jähriger Sohn Nic verarbeitet die traumatisierenden Gewaltausbrüche seines Vaters mit Freunden im Spiel. In der Gruppe seiner Spielgefährten ist er gut integriert, kann aber nur mit Mühe seine aufkommenden Gefühle für die gleichaltrige Marie ausdrücken, die darunter leidet, dass sie ihren Vater nicht kennt. Ein Film über die ersten Schritte ins eigene Leben.

Qtopia Studiokino
Central, Brauereistrasse 2, Uster

23.06.: VERANSTALTUNG «ZUM HUT»

Ernesto und Beat



Es hat sich nach vielen Auftritten mittlerweile rumgesprochen: Die beiden einzigen wahren Rockstars von Uster laden das Publikum mit charmanter Intensität auf musikalische Ausflüge in die Rock- und Schlagergeschichte und reissen es hin zu Begeisterungstürmen! Schwelgen ausdrücklich erlaubt!

Bei schönem Wetter im Garten.

Samstag, 23. Juni 2012, 20.30 Uhr,
Café- und Weinbar zum Hut,
Bahnhofstrasse 18, Uster

04.07.: THEATER IM FRJZ

Impro-theater

Eine Gruppe von SchülerInnen wurde hinterrücks vom Theatervirus befallen und gründete nach der Matura die Freie Theatergruppe Zürich (FTZ), um ihrem Spieldrang weiterhin freien Lauf lassen zu können. Seit 2001 tritt die Gruppe mit verschiedenen Stücken öffentlich auf. FTZ wagt sich auch mit gelegentlich performativen Aktionen auf die Strassen und in die Einkaufshäuser.

Mittwoch, 4. Juli
Türöffnung 19:30/Anpiff: 20 Uhr
Im frjz, Zürichstrasse 30, Uster

INSERATE

ERNESTO W. VOEGELI

FOTOGRAFIE

AATHALSTRASSE 85A, CH-8610-USTER
TEL.044 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00

Diskutieren Sie mit – im Internet: splog.sp-uster.ch

Un grande amore che finisce: C'eravamo tanto amati...

Era da tempo nell'aria, ormai era tutta una questione di tempo. Come quando si ha un parente degente in ospedale attaccato alla macchina che lo tiene ancora in vita in un coma vegetativo e nessuno ha il coraggio di staccare la spina. Stiamo parlando del giornalino bilingue del Partito Socialdemocratico e della Colonia Libera Italiana di Uster «FORUM», perché, cari soci e lettori, questo è l'ultimo numero che va in stampa. E sì che di strada insieme ne abbiamo fatta parecchia.

Era dal lontano 1977 che, visti i buonissimi rapporti che esistevano a livello politico e ancor più a quello personale, tra i membri del consiglio CLI e quelli del Partito Socialdemocratico Svizzero della sezione locale, si parlava di stampare un giornale in comune. È trascorso qualche decennio da allora, la collaborazione termina, rimane l'amicizia.

Quante riunioni si tennero e quante discussioni si intercalarono prima di poter assistere alla nascita del primo numero del FORUM a fine gennaio del 1979! Come possiamo constatare, cari compagni e amici, sono trascorsi più di trentatré

anni e, come ben sapete, tutti i soci della nostra associazione per tutto questo tempo lo hanno ricevuto gratis, prima mensilmente, poi ogni due mesi, fino alla forma attuale di due a quattro numeri all'anno. Abbiamo trattato diversi temi di politica partitica e anche sociale, insistendo sempre sulla politica dell'integrazione, sia a livello locale, come per il diritto del voto, che nazionale, come per l'abbattimento del famigerato statuto dello stagionale.

Diverse persone hanno fatto parte delle redazioni, naturalmente sempre gratuitamente da ambo le parti, ed è stata proficua la conoscenza delle singole culture nella loro diversità, una conoscenza che ha contribuito ad abbattere i muri di incomprensione che con l'emigrazione dei paesi latini si erano creati a partire dagli anni sessanta e che avevano portato alle tante iniziative e votazioni per la riduzione degli stranieri in Svizzera.

Questa collaborazione italo-svizzera per un giornalino bilingue (anche se a livello locale), è stata e rimane comunque l'unica in tutta la Svizzera, distinguendosi da tutte le sperimentazioni in

carta stampata che sono state intraprese e dopo poco tempo sopresse.

Gli amici dei primi giorni

Un grazie particolare va agli amici che fin dall'inizio hanno creduto e permesso questa bellissima avventura, ripeto, unica in tutta la confederazione, e che vanno da Laurenz Steinlin, a Ludi Fuchs, Ewald Feldmann, Sepp Schlegel, Peter Müller, Willi Zollinger e altri ancora di cui il tempo ha cancellato la memoria e che spero mi perdoneranno. Ricordo Silvano Castellan in primis (senza la sua preparazione politica e sociale questa avventura non sarebbe stata possibile), Vito Vinci, Salvatore Turriti (nonostante non abbia mai scritto un articolo ritenendolo un progetto revisionista), per concludere con Valerio Modolo, Claudio Marseglia e altri ancora. E naturalmente, anche se a fasi alterne, il sottoscritto che, come per un grande amore che nonostante sia finito ti segna per tutta la vita e ti lascia un poco d'amaro in bocca, finisce ringraziando tutti: C'eravamo tanto amati. **Grazie!**

Fernando Carbone

La fine di un'illusione

Il Forum era nato sull'onda dei cambiamenti di quegli ideali divulgati dalla rivoluzione partita nel lontano 1968 e che si sono continuati a diffondere per tutti gli anni settanta, fino alla metà degli anni ottanta. Una rivoluzione culturale che ha avuto il merito di distruggere un sistema vecchio, ancorato ad ideali fossili, apportando valori libertari, speranzosi di un mondo più giusto, con meno discrepanze sociali ed economiche. Oggi chiudiamo il nostro periodico, siamo alla fine, la fine di un'illusione.

Abbiamo parlato e discusso più volte in Colonia del perché negli ultimi decenni la componente italiana di questa società si sia fossilizzata davanti ad un televisore o a sognare l'auto nuova; qualcuno di noi ha dato la colpa all'arrivo delle televisioni italiane, io penso che non sia così. Io me la prendo con la Sinistra, con gli ex-sessantottini che si sono imborghesiti e, peggio ancora, si sono impossessati delle leve nella società e nei partiti e

non le hanno più mollate, anche se la loro forza innovativa e propulsiva si era esaurita da un pezzo. Tra le loro colpe possiamo annoverare l'adagiarsi su idee superate dagli eventi, l'aver assecondato la costruzione di una Europa unita basata sugli interessi dei grandi capitalisti, dove gli interessi dei popoli vengono sempre dopo quelli della finanza; hanno contribuito, ciecamente, a «globalizzare» ossia a far sì che le industrie si possano trasferire in altri Paesi, dove governi compiacenti gli consentono d'inquinare, avvelenare e sfruttare operai e, in molti casi, bambini, con condizioni lavorative disumane, vicine allo schiavismo, senza adeguate protezioni sociali. Il risultato di questo in Europa si chiama adesso FLESSIBILITÀ! Si è flessibili se si accettano orari di lavoro differenziati, la sera, la notte, la domenica, straordinari non pagati etc., se qualcuno protesta si ritrova con il licenziamento nella buca delle poste, se sono in tanti a non accettare le angherie

della dirigenza allora la Fabbrica viene delocalizzata in un altro Paese (FIAT docet), il risultato è che la gente ha paura, non esiste un partito o un altro soggetto a cui rivolgersi con fiducia.

La Sinistra è divisa, non è nato un soggetto europeo in grado di contrastare lo strapotere del grande capitale, è in mano a persone miopi, in grado solo di assecondare il sistema per salvare le loro poltrone ed i loro privilegi. Il perdurare di questa situazione estremamente negativa per i ceti medio-bassi ha comportato la disaffezione della gente verso la politica ed adesso più di qualcuno si chiede il perché la gente si rifugi davanti al televisore gustandosi «l'Isola dei famosi»! Forse, forse arriverà qualcuno capace di parlare al cuore della gente, a motivare, a dare una scossa a tutto l'ambiente e a far fare un balzo in avanti a questa società, un altro '68 per intenderci; noi nell'attesa, tristemente, chiudiamo i battenti.

Claudio Marseglia